

„Wir brauchen einen starken Staat: Unsere sächsische Polizei im demokratischen Rechtsstaat“

Rede des Herrn Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler an der Hochschule der Sächsischen Polizei in Rothenburg am 27. April 2016

(Anrede)

Ich danke Ihnen sehr für Ihr zahlreiches Erscheinen. Und ich bedanke mich dafür, dass ich hier und heute einige Gedanken zum Thema starker Staat und zur Rolle der sächsischen Polizei in einem starken Rechtsstaat äußern darf. Bitte verstehen Sie meine Rede als Diskussionsangebot. Das heißt freilich, auch ich werde Fragen stellen.

Meine Damen und Herren, wir erleben gegenwärtig sehr politische Zeiten. Die Migration zahlloser Menschen nach Europa ist das alles beherrschende Thema. Deutschland (wie auch Sachsen) zeigt bei der Aufnahme dieser Menschen beispiellose Solidarität. Beispiellos sind freilich auch die damit verbundenen Herausforderungen, die auf allen politischen und administrativen Ebenen Handeln verlangen. Die Flüchtlingskrise war dabei in dieser Dimension kaum vorhersehbar. Ökonomen bezeichnen solche Ereignisse als exogene Schocks, plötzlich auftretende Geschehnisse, auf die unmittelbar reagiert werden muss.

Wir erleben aber momentan auch sehr politisierte Zeiten. Die Zahl der Demonstrationen und der Demonstranten hat sich vervielfacht, die Wahlbeteiligung steigt, die politischen Auseinandersetzungen spitzen sich zu. Die Demokratie regt sich, sie ist in einem Unruhezustand. Es ist dies deshalb auch eine Hochzeit für Populisten. Und, leider, nutzen auch Extremisten vermehrt die Gunst der Stunde für ihr zerstörerisches

Werk. Den deutlichen Anstieg der politisch motivierten Gewaltkriminalität in Sachsen empfinde ich dabei als besonders besorgniserregend. Handelt es sich doch um den Versuch, illegal die freie Meinungsbildung zu lenken. Es sind brutale Angriffe auf Staat und Gemeinwesen.

Vor diesem Hintergrund habe ich in meiner Neujahrsansprache am 4. Januar dieses Jahres die Notwendigkeit eines starken Staates betont und damit – wie mir scheint – einen Nerv getroffen. Wir benötigen in der heutigen Zeit einen starken Staat, der „die Befolgung der Gesetze sichert und dafür auch die Mittel hat“. Nur so können wir auf die großen Aufgaben, die mit dem Flüchtlingszustrom einhergehen, können wir auf die gestiegene allgemeine Kriminalität sowie auf die wachsende extremistische und terroristische Gefahr angemessen reagieren.¹

In Deutschland herrscht in dieser Hinsicht seit Monaten ein Defizit an staatlicher Handlungsfähigkeit. Speziell angesichts der Flüchtlingskrise und der mit ihr zusammenhängenden Entwicklungen sehen wir einen deutschen Staat, der in Teilen der Gefahr der Überforderung anheimfällt. Wir sehen einen Staat, in dem zentrale politische Akteure staatliche Souveränität im Sinne eines effektiven Ordnungsanspruchs preisgeben und so die Stabilität und Sicherheit des Gemeinwesens gefährden.

Namhafte Staatsrechtslehrer warnen seit längerer Zeit vor der Erosion des deutschen Rechtsstaates und dem Beschädigen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Politik.² Von schwacher Staatlichkeit ist die Rede. Hans Jürgen Papier, der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, spricht sogar davon, dass „in der rechtsstaatlichen

¹ Siehe hierzu den Artikel von Heinrich Wefing: Darf's auch etwas mehr sein?, in: Die Zeit vom 11. Dezember 2015.

² Vgl. besonders Otto Depenheuer/Christoph Grabenwarter (Hrsg.): Der Staat in der Flüchtlingskrise. Zwischen gutem Willen und geltendem Recht, Paderborn 2016.

Ordnung der Bundesrepublik die Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit“ noch nie „so tief“ gewesen sei.³

Mir rückt das die alte Frage ins Bewusstsein: Wozu brauchen wir den Staat? Vielmehr noch: Wozu brauchen wir einen funktionierenden, einen wirkungsmächtigen, einen starken demokratischen Staat?

Meine Antworten sind eindeutig:

- 1) Wir brauchen einen funktionierenden Staat, weil Demokratie ohne Staat nicht funktioniert.
- 2) Wir brauchen einen wirkungsmächtigen Staat, damit der Rechtsstaat seine Wirkung entfalten kann.
- 3) Wir brauchen einen starken Staat, damit die Bürgerinnen und Bürger ihre Freiheit in Sicherheit und in Wohlstand leben können.

Verehrte Damen und Herren, die weitgehend unkontrollierte Masseneinwanderung und die mit ihr verbundenen Konsequenzen stellen uns vor immense politische, administrative, finanzielle, soziale und kulturelle Herausforderungen. Dem Freistaat Sachsen fällt schließlich die Aufgabe des Unterbringens und der Integration der zu ihm kommenden Menschen zu. Daneben, was meist nicht erwähnt wird, obliegt ihm die Abschiebung oder Rückführung von Ausländern.

Für die politisch Verantwortlichen in Sachsen heißt all das, sie müssen dafür Sorge tragen, dass die Kommunen, die Verwaltungen, die Ämter und Schulen, die Polizei sowie das Land selbst angesichts der Flüchtlingskrise handlungsfähig bleiben. Das ist alles andere als leicht.

³ Vgl. Interview mit Hans-Jürgen Papier, in: Handelsblatt vom 12. Januar 2016.

Schließlich müssen wir sicherstellen, dass Sachsen auch in Zukunft politisch gestaltet werden kann.

Um unserer Eigenverantwortung künftig gerecht werden zu können, sollten wir heute klug mit unseren begrenzten Mitteln umgehen. Wir müssen das Machbare, nicht das Wünschbare in den Vordergrund stellen. Unsere Wünsche müssen beim politischen Problemlösen mit unseren Möglichkeiten konstruktiv zusammenfinden. Immer gilt dabei jedoch: Am Unmöglichen wird jeder scheitern.

Entsprechend muss endlich der Bund den Ländern die zur erfolgreichen Bewältigung der Flüchtlingskrise benötigten Geldmittel zur Verfügung stellen. Allein der Freistaat Sachsen geht hier von jährlichen Kosten in weit dreistelliger Millionenhöhe aus. Dieses Geld, ich sage es ganz offen, fehlt an anderer Stelle. Der Sächsische Landtag hat somit als Herr über das Budget in den anstehenden Gesprächen zum neuen Doppelhaushalt einmal mehr in einer schwierigen Situation seine Handlungsfähigkeit zu beweisen.

Eine anders gelagerte, wohl aber nicht minder gewichtige Herausforderung für unseren Rechtsstaat und unsere freie Gesellschaft in Sachsen ist die politisch motivierte Gewalt von linken und rechten Extremisten. Sie attackieren gezielt Einrichtungen und Repräsentanten des Staates, darunter besonders Polizeibeamte, Privatwohnungen, Flüchtlingsunterkünfte und Abgeordnetenbüros. Nicht selten nehmen sie dabei die Gefährdung von Menschenleben in Kauf. Gegen ihr Treiben gehen wir entschlossen vor – mit einer aktiven Bürgergesellschaft und einem starken Verfassungsstaat.

Denn nicht nur dort, wo es an demokratischen Einstellungen in der Gesellschaft mangelt, sondern vor allem dort, wo der demokratische Staat unzureichend gerüstet ist, wo er nicht mehr wehrhaft ist, dort treiben Extremisten ungehindert ihr Unwesen. Sie tun dies zum Leidwesen der übergroßen Mehrheit in unserem Land. Wir haben das in Leipzig erleben müssen. Wir haben es in Freital, Heidenau und Clausnitz gesehen. Das schwächt die pluralistische Demokratie. Sachsen leidet in dieser Hinsicht gegenwärtig nicht unter einem Zuviel, sondern unter einem Zuwenig an Staatlichkeit. Das sage ich ausdrücklich auch mit Blick auf die in Sachsen weit weniger konkrete Gefahr durch Islamisten.

Eine dritte, in meinen Augen größte konkrete Herausforderung an die innere Sicherheit in Sachsen ist die in den letzten Jahren gestiegene allgemeine Kriminalität. Sie alle kennen die Zahlen der Kriminalstatistik 2015. Vielmehr noch kennen Sie die Situation vor Ort. Einbruchs-, Grenz- und Beschaffungskriminalität bereiten uns erhebliche Probleme. Hinzu kommen die Ereignisse im Zuge der Flüchtlingskrise sowie die damit verbundene Kriminalität, die unsere Polizei erheblich belasten – oft bis an die persönliche Leistungsgrenze und auf Kosten anderer dringlicher Aufgaben.

Meine Damen und Herren, wir brauchen in einer solchen Situation einen starken Rechtsstaat, der seinen Bürgern als effektive Ordnungsmacht Sicherheit gewährt, der das Recht im Allgemeinen durchsetzt und die Freiheitsrechte seiner Bürgerinnen und Bürger im Besonderen schützt. Denn nur ein starker Rechtsstaat, in dem Rechtsloyalität herrscht und nach Maßgabe der Gesetze gehandelt wird, gewährt einen Raum bürgergesellschaftlicher Freiheit.

Nicht nur die massiven Rechtsverstöße durch Migranten in der Silvesternacht, sondern auch die bundesweit gestiegene Einbruchskriminalität sowie die wachsende politisch motivierte Gewalt führen uns vor Augen, dass in Deutschland, dass in Sachsen der Staat als ein solcher Garant von Freiheit und Sicherheit an seine Leistungsgrenze gelangt ist. Verstehen Sie das bitte richtig. Es ist nicht eine der genannten Herausforderungen, es ist das Gesamtpaket, das uns gegenwärtig zu schaffen macht.

Aus diesem Grund plädiere ich für einen ebenso leistungsfähigen wie wirkungsmächtigen Rechtsstaat. Dieser starke Staat darf dabei seine ökonomischen Fundamente nicht über Gebühr belasten, muss also in gewisser Weise ein strukturell „schlanker Staat“ sein. Das zu bewirken ist ein politischer Balanceakt, zu dem sich die sächsische Politik momentan herausgefordert sieht.

Meine Damen und Herren, die Balance zu halten und zugleich sicher voranzukommen, sich nicht festzuklammern oder abzustürzen, erfordert Gleichgewichtsgefühl und Reaktionskraft. Beides ist bei einem Balanceakt umso wichtiger, je unruhiger das Umfeld ist.

Gegenwärtig erschweren uns zahlreiche äußere Unwägbarkeiten den inneren politischen Balanceakt. Annahmen, die bis gestern noch hohe Gültigkeit besaßen und nach denen sich unser politisches Handeln richtete, wurden teilweise über Nacht obsolet. Reagieren bestimmt mehr und mehr unser Tun, langfristiges Planen und Gestalten wird ebendarum manchmal nahezu unmöglich.

Trotz alledem legt eine verantwortliche und nachhaltige Politik ihre Maßnahmen auf den veranschlagten Normalbetrieb hin aus. Volllast und

Überlast werden als Ausnahmen einkalkuliert, nicht jedoch als Dauerzustand. Genau das, meine Damen und Herren, war die Intention der Polizeireform 2020: die künftige Organisation der sächsischen Polizei der prognostizierten Entwicklung des Freistaates in den Bereichen Demografie, Kriminalität, Finanzausstattung und Wirtschaftskraft anzupassen. Die Annahme war, dass mit dem Bevölkerungsrückgang auch die Kriminalität sinken werde. Aufgrund dieses Szenarios und dem schrumpfender Finanzen wurden Personal und Organisation der Polizei ausgedünnt. Das waren zunächst richtige Überlegungen und ein notwendiges Vorgehen. Zumal Sachsen über eine höhere Polizeidichte verfügt als der Schnitt der westdeutschen Flächenländer.

Nun haben sich einige der Annahmen und nicht zuletzt die Polizeidichte als Indikator als unrealistisch oder ungeeignet herausgestellt. Vor allem aber kam es bei der Kriminalitätsentwicklung und den Großeinsatzlagen in den letzten Jahren zu einer regelrechten Trendumkehr. Die Kriminalitätszahlen fielen bis 2009, seither steigen sie wieder an. Sachsen, das bei den Straftaten pro Einwohner lange unter dem deutschen Schnitt lag, liegt nun darüber. Dieser Trend wird wohl leider anhalten. Der aktuelle Bericht der Fachkommission zur Evaluierung der Polizei im Freistaat Sachsen spricht hier eine klare Sprache. Kurzum: Der politische Handlungsbedarf ist offenkundig.

Deshalb ist es unabdingbar, und jetzt zitiere ich den sächsischen Justizminister, „die Entscheidung von damals zu überdenken und der Situation anzupassen. Wenn wir dazu nicht mehr in der Lage wären, wäre das realitätsfern und der Staat nicht mehr handlungsfähig“.⁴

⁴ Vgl. Interview mit Sachsens Justizminister Sebastian Gemkow, in: Leipziger Volkszeitung vom 12. April 2016.

Wir sind aber handlungsfähig. Wir passen unser Handeln den neuen Erfordernissen an. Das ist kein Zeichen der Schwäche, sondern Ausdruck verantwortlicher Politik in einem starken Staat.

Meine Damen und Herren, ich habe in den vergangenen Monaten über all das mit Polizisten und Politikern gesprochen, mit dem Innenminister ebenso wie mit dem Finanzminister. Und selbstverständlich habe ich auch mit vielen Bürgern geredet, die mit ihren drängenden Fragen an mich herangetreten sind. In all diesen Gesprächen fiel immer wieder ein Satz: Die sächsische Polizei braucht mehr Leute.

Der besiegelte Stopp des Stellenabbaus ist ein erster Schritt, um die hohe Einsatz- und Leistungsfähigkeit der sächsischen Polizei zu erhalten. Ihm sollen neben dem vom Kabinett beschlossenen „Maßnahme-Paket für ein starkes Sachsen“ weitere Schritte hin zu einer personellen Stärkung unserer Polizei folgen. Die Ziele für einen Personalaufbau, so entnehme ich das meinen Gesprächen, belaufen sich auf eine mittelfristige Gesamtausstattung von etwa 14.000 Stellen. Das heißt, es wird auf den weiteren Abbau von Stellen verzichtet und 1000 Stellen werden neu geschaffen.

Aus diesem Grund soll noch in diesem Jahr der Einstellungskorridor von 400 auf 500 Polizeianwärter steigen. 600 Anwärter werden im nächsten Jahr in die grundständige Ausbildung eintreten, damit wir am Ende 550 Absolventen haben. Und hier frage ich Sie: Schaffen wir das? Präziser: Schaffen wir das unter Beibehaltung unserer Standards?

Die begonnene Ausbildung von insgesamt 550 Wachpolizisten ist ein richtiger Schritt zur zügigen Entlastung des Polizeivollzugsdienstes bei Kontroll- und Bewachungsaufgaben. Die Wachpolizisten stehen zudem

für Nachhaltigkeit, denn schließlich sollen die besten von ihnen in den regulären Polizeidienst übernommen werden. Insofern ist der Dienst bei der Wachpolizei ein Ansporn an die jungen Frauen und Männer, sich durch sehr gute Leistungen zu empfehlen.

Ein weiteres Instrument, das uns helfen soll, die kurzfristigen Probleme zu bewältigen, ist das Hinausschieben des Ruhestands bzw. der Pensionierung von Kollegen. Ich bin insoweit Realist, als dass ich mir davon keine Wunder erhoffe. Dennoch sehe ich hier eine Chance.

Je mehr nun an einer Lösung gearbeitet wird und die Vorschläge dazu auf dem Tisch liegen, umso mehr sollten wir uns fragen, was mit den neuen Ressourcen geschehen soll. Wie sollen die neuen Stellen verteilt werden? In welchen Bereichen brauchen wir die Leute? Fließen die Ressourcen in neue Einsatzeinheiten der Bereitschaftspolizei? Verstärken sie die Polizeidirektionen? Wenn ja, an welchen Stellen tun sie dies – im Bereich der Kriminalpolizeiinspektionen (also Staatsschutz, Rauschgiftkriminalität, Bandenkriminalität etc.), im Bereich der Polizeireviere (mit ihrem Streifendienst und Kriminaldienst) oder bei den Verkehrspolizeiinspektionen? Oder legen wir lieber mehr personelle Kraft in das Landeskriminalamt, stärken dort etwa den polizeilichen Staatsschutz? Wie wichtig ist uns in Sachsen Polizeipräsenz, wie wichtig die Kriminalprävention, wie wichtig die Aus- und Fortbildung unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten? Diese und andere Fragen beherrschen gegenwärtig die politische Diskussion zur Thematik.

Zur Sondersitzung des Sächsischen Landtags am 29. Februar 2016 standen schon einige Empfehlungen im Raum. Unter anderem der Vorschlag, je drei Hundertschaften Bereitschaftspolizei neu aufzustellen und in Dresden, Chemnitz und Leipzig zu konzentrieren. Mir aber sagen

die Experten, dass es so einfach nicht ist. Mir sagen meine Gesprächspartner aus den Reihen der Polizei, dass wir die Ressourcen verteilen müssen, wenn wir den Anforderungen gerecht werden wollen.

Zunächst müssen wir die kriminalpolizeilichen Strukturen stärken, um neuen Formen der Kriminalität begegnen zu können. Mit dem Kompetenzzentrum Cybercrime im LKA Sachsen sind wir da auf dem richtigen Weg. Vor allem aber müssen wir der seit Jahren virulenten Grenzkriminalität sowie der steigenden Einbruchs- und Beschaffungskriminalität Herr werden. Es gilt die Kooperation mit den tschechischen und polnischen Behörden zu intensivieren. Bundesländerübergreifende Vernetzungen sind auszubauen, um internationale Banden verfolgen und dingfest machen zu können.

Wir müssen den Ermittlungsdruck steigern und die sichtbare Vor-Ort-Präsenz der Polizei erhöhen. Nichts erschüttert das Vertrauen der Bürger in ihre Sicherheit so sehr wie das Eindringen Krimineller in den privaten Bereich. Hier sind wir gefordert zu reagieren und mehr Personal einzusetzen. Unsere Bürgerinnen und Bürger wollen ihre Polizei aktiv auf den Straßen und in den Wohnvierteln präsent sehen.

Neben mehr Schutzpolizei – man denke an die gefährlichen Einsätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Asylunterkünften – erfordern die vermehrten Großeinsatzlagen bei Demonstrationen und Veranstaltungen mehr verfügbare Bereitschaftspolizei.

Auf die Herausforderung durch die politisch motivierte Kriminalität soll mit größerem Kontroll- und Fahndungsdruck reagiert werden, u.a. durch personell besser ausgestattete mobile Einsatz- und Fahndungsgruppen. Aber auch mehr Aus- und Fortbildung bei der Polizei zum Umgang mit

Extremismus ist hier geplant. Wie ich gelesen habe, wird dafür in Rothenburg sogar eine neue Professur für politische Bildung geschaffen.

Ein Ausbau der Kapazitäten im Bereich des Staatsschutzes und bei der Verfolgung der politisch motivierten Gewaltkriminalität ist erforderlich. Einerseits weil die Zahl der politisch motivierten Gewalttaten gestiegen ist, andererseits weil die Täter immer brutaler vorgehen. Zudem entziehen sich die Täter mehr und mehr dem Wirkungsbereich der Sofortfahndung. Etwa bei Aktionen der militanten Linken gegen den Staat oder bei Brandanschläge auf Unterkünfte von Asylbewerbern, bei denen wir es oft mit vorher nicht polizeibekanntem Einzeltätern zu tun haben. Mit dem Operativen Abwehrzentrum (OAZ) und der Integrierten Ermittlungseinheit (INES) verfügen wir bereits über sehr geeignete Instrumente, um derlei Taten konsequent und effektiv zu verfolgen. Darauf müssen wir aufbauen.

Fest steht, wir werden die personelle Kapazität unserer sächsischen Polizei erhöhen und so eine Verbesserung in vielen Bereichen bewirken. Fest steht aber auch, dass unserem Bemühen Grenzen gesetzt sind. Jedem muss klar sein, dass Sicherheit zwar unabdingbar ist, aber völlige Sicherheit in einem freien Staat keiner gewährleisten kann.

Und jedem muss klar sein: Sicherheit kostet Geld. Wir wollen dieses Geld im Doppelhaushalt 2017/2018 bereitstellen, gleichwohl nur unter dem Grundsatz finanzpolitischer Nachhaltigkeit. Das heißt keine Neuverschuldung und eine der eigenen ökonomischen Leistungskraft entsprechende Ausgabenhöhe. Sicherheit – also unsere Polizeibeamten – und schulische Bildung – also unsere Lehrer – müssen die politischen Prioritäten in diesem Doppelhaushalt bilden. Darauf kommt es an, weil das auch die Kernbereiche unserer Landespolitik sind.

Meine Damen und Herren, ich habe mit der Flüchtlingskrise, dem politischen Extremismus und der gestiegenen Kriminalität drei zentrale Herausforderungen an die innere Sicherheit in Sachsen genannt. In allen drei Punkten ist für die Abgeordneten des Sächsischen Landtags die Expertise der Polizei unerlässlich. Besonders gilt das für die Frage: Wie senken wir die Kriminalitätsraten?

Sie können mir glauben, die politisch Verantwortlichen in Sachsen sind über die momentane Situation im Bilde. Die Abgeordneten des Sächsischen Landtags, besonders die Innenpolitiker, kennen die Lage sehr gut aus ihren Wahlkreisen und aus Hintergrundgesprächen sowie zum Teil aus der eigenen beruflichen Erfahrung. Sie interessieren sich für die Stimmung bei der Polizei, auch für deren Nöte und Probleme.

Eine vierte Herausforderung an die innere Sicherheit in Sachsen habe ich bislang noch nicht angesprochen: das zunehmende Gefühl der Unsicherheit in der Bevölkerung sowie das damit verbundene sinkende Vertrauen der Menschen in den Staat und seine Repräsentanten. Zu diesem Punkt möchte ich abschließend noch einige Gedanken äußern.

Zweifelsohne braucht der Mensch „ein Grundgefühl der Sicherheit, der Sicherheit, dass ihm seine Welt nicht ganz abhandenkommt, auch im Wandel nicht“. ⁵ Gemessen daran waren die letzten Monate wenig erbaulich. Bei vielen sächsischen Bürgerinnen und Bürgern entstand ein Empfinden subjektiver Unsicherheit. Ich lasse es einmal dahingestellt sein, ob dieses Gefühl immer der objektiven Sicherheitslage entspricht. Tatsache ist, es existiert.

⁵ Peter Graf Kielmansegg: Angst essen Deutschland auf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. März 2016.

Ich könnte jetzt sagen, gut, dann müssen wir den Bürgern eben die Unbegründetheit ihrer Ängste aufzeigen, müssen sie mit Zahlen und Fakten konfrontieren. Etwa damit, dass in Sachsen 95 Prozent aller Sexualstraftaten von Deutschen begangen werden, dass 93 Prozent der Zuwanderer nicht straffällig sind. Glauben Sie mir, ein Grundgefühl der Sicherheit erreichen wir auf dem Wege nicht.

Ein Gefühl der Sicherheit entsteht bei den Menschen dann, wenn sie in einem Raum der gemeinsamen Sicherheit und der individuellen Freiheit leben. Ein Land mit offenen Grenzen, über die auch jeder Straftäter spazieren kann, gewährt weder das eine noch das andere. Eine ratlos erscheinende Politik, staatliche Institutionen, die pausenlos den Eindruck vermitteln, sie seien an ihrem Limit oder gar überfordert, unterspülen geradezu das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger.

Für mich heißt das, um dem augenscheinlichen Sicherheitsbedürfnis unserer Bürgerinnen und Bürger zu entsprechen, müssen wir unseren Staat stärken. Wir müssen ihn stärken, indem wir einerseits in der Flüchtlingspolitik unverzüglich zu rechtsstaatlicher Normalität zurückkehren und die unkontrollierte Massenmigration beenden. Hier ist in allererster Linie die Bundespolitik gefragt. Andererseits erfordert ein starker Staat eine starke Polizei, die effektiv Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abwehren kann, die neben der Kriminalitätsbekämpfung und Strafverfolgung wirksam präventiv zu handeln vermag. Das setzt sich fort in einer leistungsfähigen Justiz, die Täter konsequent verfolgt und verurteilt. Hier sind wir gefragt, die Landespolitik.

Ein solcher starker Staat, der „Recht setzt und durchsetzt“ – ich sagte es eingangs –, der kräftigt das subjektive Sicherheitsgefühl und genießt das

Vertrauen seiner Bürger. Mit den gegenwärtig diskutierten oder beschlossenen Aufstockungen bei Polizei und Justiz sind wir im Freistaat Sachsen auf dem richtigen Weg.

Darüber hinaus heißt für mich starker Staat, der Polizei Rückhalt geben, zur Polizei stehen. Sie können sich dessen sicher sein, dass die Arbeit der Polizeibeamten bei den politisch Verantwortlichen im Freistaat Sachsen allerhöchste Anerkennung findet. Wir legen in unsere Polizei größtes Vertrauen. Vertrauen auch in dem Sinne, dass die Polizei nicht nur loyal für den Staat einsteht, sondern der Staat auch für die Polizei. So beabsichtigt Sachsen eine Bundesratsinitiative zur Verschärfung des Strafrahmens bei Angriffen auf Polizisten und Mitarbeiter der Rettungsdienste. Denn was wir da seit einiger Zeit erleben, das sprengt jeden Rahmen. Wenn Polizisten, die Leib und Leben für die Sicherheit des Gemeinwesens einsetzen, bewusst zur Zielscheibe von Hass und Gewalt werden, dann müssen wir das scharf ahnden. Ich begrüße daher den jüngsten Vorstoß des Bundesinnenministers in dieser Sache.

Meine Damen und Herren, der Publizist Christian Schüle schrieb Anfang April in einem Aufruf: „Werben wir für das Gewaltmonopol des Staates, für das unbedingte Recht und für Null-Toleranz gegenüber denen, die die Normen der Republik nicht achten wollen – einerlei, welcher Ethnie, welcher Herkunft, welcher Schicht sie sind.“⁶ Sie, meine verehrten Polizeibeamten, setzen das Gewaltmonopol des Staates durch und stärken damit das Vertrauen der Bürger in unseren Staat.

Es gibt aber genauso die Friedenspflicht des Bürgers, ohne die das Gewaltmonopol des Staates in Gefahr gerät. „Die Friedenspflicht des

⁶ Christian Schüle: Die Erschütterung des deutschen Selbstverständnisses, unter: Deutschlandradio Kultur vom 5. April 2016.

Bürgers und das Gewaltmonopol des Staates sind die Bedingungen des Zusammenlebens, die nicht zur Diskussion stehen.“⁷ Genau das hat Ministerpräsident Stanislaw Tillich gemeint, als er von einer aktiven Bürgergesellschaft und einem starken Staat sprach. Die Polizistinnen und Polizisten des Freistaates Sachsen, sie dienen dem einen, der freien Entfaltung der aktiven Bürgergesellschaft, deren Teil sie sind, und sie verkörpern das andere, den starken Staat. Sie sollen dies mit der gebotenen Sorgfalt tun, aber auch mit der ihnen gebührenden Autorität. Sie sollen dabei stolz sein auf Ihre Leistungen und stolz auf das Land, dem sie dienen. Und sie sollen den Respekt einfordern, der Ihnen dafür gebührt. Sie sind ein wichtiger Bestandteile unseres Gemeinwesens und unseres starken Rechtsstaates.

Dafür – und für Ihre Aufmerksamkeit – danke ich Ihnen.

⁷ Josef Isensee: Was wir fordern dürfen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Februar 2016.